
Liebe Leserinnen und Leser,

der Vorstand des BBU, die Bonner Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch alles Gute für 2010 – Gesundheit, Zufriedenheit und ganz viel Kraft und Energie für den täglichen Widerstand. Und natürlich auch die entsprechenden Erfolge! Im Gegenzug wünschen wir uns auch eine Kleinigkeit für 2010: Viele neue BBU-Mitglieder! Bitte sprecht bei Veranstaltungen und Demonstrationen befreundete Bürgerinitiativen an, die noch nicht dem BBU angehören. Ihr könnt auch Flyer mit der BBU-Selbstdarstellung bekommen. Mehr Mitgliedsgruppen im BBU bedeuten noch mehr Stärke für den BBU, um Politik und Industrie in Umweltbelangen die Stirn bieten zu können. Und das wird auch in 2010 vielerorts notwendig sein.

*Herzliche Grüße von der **BBU-Newsletterredaktion** !*

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Kurzbilanz 2009 und Jahresvorschau 2010 des BBU

Der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat ein positives Fazit seiner Arbeit im Jahr 2009 gezogen. Gleichzeitig kritisiert er massiv die offizielle Umweltpolitik der alten sowie der neuen Bundesregierung. Laut BBU ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung dem Umweltschutz den Stellenwert einräumt, den er nötig hat.



Immer wieder ist es dem BBU bzw. seinen Mitgliedsgruppen 2009 gelungen, vielfältige umweltpolitische Probleme zu thematisieren und einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Einer der Aktionshöhepunkte war dabei im letzten Jahr die bundesweite Großdemonstration gegen die Nutzung der Atomenergie, zu deren Gelingen auch BBU-Mitgliedsgruppen beigetragen haben. Vor dem Hintergrund der ungelösten Atommüllproblematik und angesichts vermehrter Kinderkrebsfälle im Bereich von Atomkraftwerken fordert der BBU den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Da der BBU auch den Neubau von Kohlekraftwerken als nicht vertretbar einschätzt, setzt sich der Verband für umfangreichere Energiesparmaßnahmen und für den zügigeren Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Der BBU begrüßt den breiten Widerstand, der vor Ort gegen neue Kohlekraftwerke geleistet wird und wird auch im neuen Jahr im Rahmen seiner Möglichkeiten die Proteste unterstützen.

Ebenso wird der BBU weiterhin den Widerstand gegen die unterirdische Endlagerung von Kohlendioxid unterstützen.

BBU hilft bei der Gründung neuer Bürgerinitiativen

Der BBU ruft zur Gründung neuer Umweltschutz-Bürgerinitiativen auf und hilft bundesweit bei der Gründung neuer Initiativen. Da dieses Engagement auch mit Kosten verbunden ist, freut sich der BBU über Spenden und neue Fördermitglieder. Spenden können auf das BBU-Konto 19002666 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 37050198) eingezahlt werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 8.1.2010. Vollständiger Text unter

www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/07.01.10.htm

2. Themenbereiche

Biozide

Biozide und Nanopartikel aus Hausfassaden belasten die Gewässer

Die Entwicklung zu Dünnschichtputzen zur Verkleidung der Fassade führte zu anderen Anforderungen an die eingesetzten Farben. Sie müssen den Untergrund trockener halten. Allerdings bleibt jetzt auch die Oberfläche durch den Tau längerer feucht. Es kann dadurch zu verstärktem Algen- und Pilzwachstum kommen. Um dies zu verhindern werden den Farben Biozide oder Nanopartikel mit biozider Wirkung zugesetzt. Bei Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass diese Zusätze durch den Regen ausgewaschen und das ablaufende Wasser belasten. Durch Regenwasserversickerung kommt es zur Verschmutzung des Bodens und des Grundwassers. Wird das anfallende Regenwasser nun aber gefasst und abgeleitet, tritt die Belastung in den aufnehmenden Bächen und Flüssen auf.

(<http://www.wrq.eawag.ch/media/20080826/index>; <http://www.wrq.eawag.ch/media/20080826/pdf>).

Doch viele Probleme an Fassaden ließen sich vermeiden.

- Architekten können einen konstruktiven Feuchtschutz einplanen.
- Hausbesitzer sollten mit Pflegemaßnahmen wie Fassadenreinigung, etc. mehr Eigenverantwortung übernehmen.
- Durch geschicktes Bauen kann man Holz auch ohne Holzschutzmittel vor Fäule schützen. So kann man durch Dachüberstände bei Gebäuden, Abschrägungen oder Pfostenschuhe verhindern, dass das Holz ständig feucht ist.

Mit diesem Thema hart sich auch der VSR-Gewässerschutz in der Dezemberausgabe seines Rundbriefes auf den Seiten 5 und 6 auseinandergesetzt (http://www.vsr-gewaesserschutz.de/flugblatt/V04_2010.pdf). Weitere Infos zu eingesetzten synthetischen Nanopartikeln findet man auch im letzten Juni-Heft der „Eawag-News“ (http://www.eawag.ch/medien/publ/eanews/news_67/en67d_behra.pdf).

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

Umweltverbände fordern mehr Schutz der Umwelt vor Bioziden

Zur Zeit wird die Biozid-Richtlinie der EU überarbeitet. Anlässlich der Umweltratssitzung am 22.12.2009 in Brüssel haben sich die Umweltschutzverbände BBU, Bund, DNR, die Grüne Liga, NABU und Pan Germany in einem gemeinsamen Brief an den neuen deutschen Umweltminister Röttgen gewandt. Er wurde aufgefordert sich bei der anstehenden Revision des aktuellen Biozidrechts im Umweltrat für einen wirkungsvollen Umweltschutz einzusetzen. Besonders kritisieren die Umweltverbände in Ihrem Schreiben den „erheblichen Mangel an Balance im Kommissionsentwurf zwischen der Förderung des harmonisierten EU-Binnenmarktes einerseits und der Einbindung von Umweltschutzstandards und Vorsorge andererseits.“

Es ist notwendig, den Entwurf der europäischen Kommission in Hinblick auf einen verbesserten Schutz der Umwelt gegenüber den negativen Folgen der Biozidverwendung zu überarbeiten. Viele Biozide können während ihrer Verwendung oder ihrer Beseitigung zu Belastungen der Böden, des Wassers und der Luft führen. Dies muss verhindert werden. Gerade Deutschland nimmt mit etwa 20.000 zugelassenen Biozidprodukten einen Spitzenrang in den Staaten der EU ein.

Die beteiligten Organisation sehen einen erheblichen Änderungsbedarf beim vorliegenden Entwurfs, um einen angemessenen Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit gegenüber den Gefahren und Risiken der Biozidverwendung zu erreichen. Die dem Schreiben zu Grunde liegenden Kernforderungen von 14 europäischen Umweltschutzorganisationen, zu denen auch der BBU zählt, zum europäischen Biozidrecht können unter http://www.pan-germany.org/download/biocides/NGO_Kernforderungen_Biozid-VO_091216.pdf eingesehen werden.

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

CCS / CO₂-Speicherung

Proteste gegen CO₂-Speicherung auch in Frankreich

Der Ölkonzern Total hat am 11. Januar in Frankreich ein CCS-Pilotprojekt gestartet. 120.000 Tonnen CO₂ sollen in einer Tiefe von 4,5 Kilometer unterirdisch gespeichert werden. Umweltverbände kritisierten das Vorhaben als „gefährlich und unsinnig“, berichtet der österreichische Standard in seiner Online-Ausgabe. *Vollständiger Artikel:*

<http://derstandard.at/1262209268280/Umstrittenes-Pilotprojekt-zur-CO2-Speicherung-gestartet>

Gewässerschutz

CO₂-Speicherung : Gefahr der Versalzung für Grundwasser und Spree

Die Pläne von Vattenfall in Brandenburg Kohlendioxid in den salinen Grundwasserleiter endzulagern kann kurz- oder längerfristig zu einer großen Versalzung der Gewässer führen. Das saline Tiefenwasser ist zum Teil fünfzigmal so salzig wie die Ostsee. Man kann sich vorstellen, dass schon kleine eindringende Mengen von diesem salzhaltigen Formationswasser ausreichen um Grundwasser für die Trinkwassergewinnung unbrauchbar zu machen. Zudem sind die zur Einlagerung verwendeten Schichten mit salzhaltigem Grundwasser weniger gut erforscht als höherliegende - an ihnen bestand lange, weil zur Trinkwassergewinnung ungeeignet, wenig Interesse. Bereits im Grundwasserbericht 2008 des BMU wird auf dieses Risiko hingewiesen: „Besondere Probleme können sich bei der Einleitung von CO₂ in saline Aquifere ergeben. Grundsätzlich sind die Porenräume dieser Grundwasserleiter (Aquifere) mit Salzwasser gefüllt, welches das eingeleitete CO₂ verdrängt. Dieses Salzwasser kann unter anderem in andere Grundwasserleiter eindringen und dort zu Verunreinigen führen. ... Die Salzwässer können auch in andere Ökosysteme eindringen, wenn sie z.B. bis an die Erdoberfläche gelangen und zu Schäden in Oberflächengewässern (Flüssen, Seen) oder terrestrischen Ökosystemen führen.“

(http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/grundwasser_dtld.pdf)

Bereits ein Drittel von Brandenburg gilt als langfristig salzgefährdet. Weitere Risiken durch eine CO₂-Speicherung in Beeskow und Trebbin sind nicht zu verantworten.

Bei diesem Text handelt es sich um eine Kurzfassung eines Artikels in der letzten Dezemberausgabe des Rundbriefes vom VSR-Gewässerschutz (http://www.vsr-gewaesserschutz.de/flugblatt/V04_2010.pdf). Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

Energiepolitik

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V. ist umgezogen und die Homepage ist neu gestaltet

Zuerst wünscht die BI-Ahaus allen Leser/innen ein gutes und atomfreies Jahr 2010!

Mit dem Jahreswechsel übernimmt die BI auch ein neues Büro, um die viele Arbeit der kommenden Jahre optimal erledigen zu können. „Wir sind ab sofort an der Bahnhofstraße 27, direkt neben der Buchhandlung Schaten zu finden und freuen uns über Besuch, so Heiner Möllers, der BI Vorsitzende. Das neue Büro bietet neben einem attraktiven Besucherraum auch viel Platz für Besprechungen und zusätzlichen Raum für Technik, Plakate, Flugblätter und das Archiv. Außerdem ist zur Straßenseite ein großes Schaufenster, in dem alles rund um den Widerstand zu finden ist. Bei der Anschrift ändert sich nur die Hausnummer - Postfach, Telefonnummern und E-Mail bleiben bestehen.

„Aktuell ist das Büro am Do. zwischen 17.º Uhr und 19.º Uhr geöffnet. Weitere Öffnungszeiten werden in Kürze auf unserer neu gestalteten Homepage www.bi-ahaus.de veröffentlicht“ so Felix Ruwe, der Sprecher der BI.

Seit vielen Jahren ist die Webseite der BI-Ahaus eine wichtige Informationsquelle für die kritische Auseinandersetzung mit den Risiken und Folgen der Kernenergie. Trotz der Übermacht und gigantischer Werbekampagnen der großen Stromkonzerne decken die Hintergrundinformationen der BI viele Unzulänglichkeiten und Unwahrheiten auf. Ahaus ist zur Zeit Planungsmittelpunkt der Atomindustrie für zahlreiche Atommüllverschiebungen. Daher heißt Sie die BI auf der neuen Homepage willkommen.

Pressemitteilung der BI „Kein Atommüll in Ahaus“ vom 4.1.2010

Kontakt: BI „Kein Atommüll in Ahaus“, Bahnhofstraße 27, 48683 Ahaus, Postfach 1165, 48661 Ahaus, www.bi-ahaus.de, 02561-961791, mail@bi-ahaus.de

Klimaschutz

Jahresbilanz des Deutschen Naturschutzing (DNR) - Weinzierl: Kopenhagen war Bankrotterklärung für Wachstumspolitik

Umweltverbände fordern neue Formen des globalen Widerstands gegen Klimakollaps

Der Präsident des Deutschen Naturschutzing (DNR), Hubert Weinzierl, hat in seiner Jahresbilanz 2009 die Ergebnisse der Kopenhagener Klimakonferenz als "Bankrotterklärung der bisherigen Wachstumspolitik" bezeichnet. In Kopenhagen habe die Weltfamilie die Chance auf Rettung unseres Planeten versäumt. Stattdessen stehe der 19. Dezember 2009 für den Sieg des Geldes über die Lebensbedürfnisse der Menschen. Der DNR-Präsident kündigte deshalb neue Formen des globalen Widerstands an. "Um einen Weltkrieg gegen die Natur zu verhindern, sind jetzt internationale Netzwerke von Überlebenswilligen gefordert", erklärte Weinzierl. "Wir sind die Menschheit" laute das Motto der Zukunft.

Auch auf nationaler Ebene sehen die Umweltverbände die Notwendigkeit, neue Klima-Allianzen über gesellschaftliche und politische Grenzen hinweg zu schmieden und auszubauen. Gleichzeitig sicherte Weinzierl einer klimafreundlichen Politik mit dem Anspruch, eine weltweite Vorreiterrolle zu übernehmen, die Unterstützung der Umweltbewegung zu. In diesem Sinn ermutigte er Bundesumweltminister Norbert Röttgen, die ambitionierten deutschen Klimaziele einer 40-Prozent-Reduktion unbeirrt voranzutreiben. "Mit mehr Energieeffizienz, dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Abbau klimaschädlicher Subventionen schaffen Sie darüber hinaus qualitatives Wachstum und die Arbeitsplätze von morgen", appellierte er an den Umweltminister.

Aus einer Presseinformation des DNR vom 28.12.2009.

Vollständiger Text unter www.dnr.de/presse/presseinfo.php?id=505. Weitere Infos des DNR unter www.dnr.de. Der BBU ist eine Mitgliedsorganisation des DNR.

Bürgerprotest gegen Kohlekraftwerke ist Klimaschutz - in den letzten zwei Jahren wurden elf Projekte gekippt

Das Jahr 2009 war erfolgreich im Widerstand gegen Kohlekraftwerke. Der Unterschied ist eindeutig: Während die Klimakonferenz in Kopenhagen zu einem beschämenden Desaster wurde, das nicht zu relativieren ist, gelang es den Umwelt- und Naturschutzbewegungen, elf geplante Kohlekraftwerke zu verhindern und zwei weitere ins Straucheln zu bringen.

Michael Müller: „Die Politik sollte den Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau neuer Kohle-



kraftwerke als Chance begreifen, sich mit der Neuorientierung der Energieversorgung gegen die Interessen der großen Energiekonzerne durchsetzen zu können. Die stellen nämlich den Bau geringfügig effizienterer Kraftwerke als Fortschritt hin, obwohl es vor allem um die drei großen Es gehen müsste: Einsparen, Effizienzrevolution und erneuerbare Energien“.

Folgende Vorhaben für den Bau oder die Erweiterung von Kohlekraftwerken wurden gestoppt: Berlin (800 MW), Bremen (910 MW), Dörpen (900 MW), Düsseldorf (400 MW), Emden (800), Ensdorf (1600 MW), Kiel (800 MW), Köln (800 MW), Lubmin (1600 MW), Mainz (820 MW) und Quierschied (790 MW).

Durch Bürgerprotest stehen auch die geplanten oder in Bau befindlichen Kohlekraftwerke in Arneburg (1600 MW), Datteln (1050 MW), Germersheim, Herne (750 MW) und Staudinger (1100 MW) auf der Kippe.

Michael Müller: „In den letzten zwei Jahren konnten über 10.000 MW neuer Stromerzeugungskapazitäten verhindert werden. Sie hätten einen Ausstoß von rund 57 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids gehabt. Das wäre faktisch ein Offenbarungseid gewesen, dass Klimaschutzziel, das die Bundesregierung 2007 in Meseberg beschlossen hat, nicht mehr erreichen zu können.“

Aus einer Presseinformation des DNR vom 29.12.2009. Michael Müller gehört dem DNR-Präsidium an und ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde. Vollständiger Presstext:

<http://www.dnr.de/presse/presseinfo.php?id=506>.

Naturschutz

ANU gegründet

Das Aussehen und die Struktur des Landkreises werden derzeit massiv verändert, Grund dafür ist die „Antragswut“ von Bauprojekten z. B. in Form von Mastställen oder ähnlichem, wodurch die Landschaft stark verändert oder geschädigt wird. Selbst in Landschaftsschutzgebiete werden Bauprojekte beantragt.

Damit man sich um die Probleme in Natur und Landschaft im Landkreis gemeinsam besser und schneller kümmern kann, haben sich Naturschutzverbände, Bürgerinitiativen gegen Mastbetriebe, Initiative gegen Tierfabriken, politische Parteien und Mandatsträger zur ANU (Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt) zusammengeschlossen. Wie sehr die Bevölkerung davon betroffen ist zeigt sich durch den Bauantrag eines Masthähnchenstalles (die EJZ berichtete darüber) in Schnega mit unter 40'000 Mastplätzen.

Ein weiterer Punkt ist die geplante Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetz durch die Landesregierung. Die Mitwirkungsmöglichkeit der anerkannten Naturschutzverbände würde dann immens eingeschränkt.

Wer Interesse hat, sich der ANU anzuschließen oder mitzuarbeiten, kann sich bei 05863-983830 melden. Anm. der BBU-Newsletter-Redaktion: Die ANU wurde im Landkreis Lüchow-Dannenberg gegründet. Weitere Infos: www.anu-wendland.de.

Verkehr

Wander-Bahnhöfe

Die Idee entstand vor etwa 15 Jahren im Bahnhofsgebäude des geschlossenen Bahnhofes Dannenwalde(Gransee) im Norden Brandenburgs, der ein Jahr später durch die Arbeit der "Großen Koalition für den kleinen Bahnhof Dannenwalde" wieder eröffnet und damit zu einem bundesweit beachteten Erfolgsmodell wurde. Hintergrund war, dass die Ein- und Aussteiger-Zahlen zur längerfristigen Sicherung des Bahnhofes für den Personenverkehr deutlich erhöht werden mussten. Ein Rettungsprojekt des FUSS e.V. war es, die vier Eingangsbahnhöfe des Naturparks Uckermärkische Seen durch Wander-, Rad- und Wasserwege miteinander zu verknüpfen, um so die Attraktivität der Bahnreise und Rückfahrt zu erhöhen und den Autoanteil im Freizeitverkehr zu verringern.

Dieser Ansatz wurde vom FUSS e.V. weiterentwickelt. Heute ist das etwa 1.300 Kilometer lange Hauptwanderwegenetz des Landes Brandenburg über etwa 100 Haltepunkte öffentlicher Verkehrsmittel erreichbar, darunter etwa 50 "Wander-Bahnhöfe". Wer in Brandenburg wandert, soll nicht wieder zum Auto- parkplatz zurück gehen müssen, sondern die Bahn wählen: Direkt vom Bahnsteig aus können Spaziergänge, Tages- oder gar Mehrtageswanderungen unternommen werden. Zurück geht es von einem anderen "Wander-Bahnhof". In dem Internetservice www.abgefahren-losgewandert.de werden vielfältige Wanderetappen angeboten, auszuwählen nach der Weglänge, der Erreichbarkeit und Anreisezeit, der Reiseregion oder z.B. ganz nach den Wünschen von Einzelwanderern, Familien und Gruppen ("21 wanderWünsche für das 21. Jahrhundert").

Aus einer Pressemitteilung des FUSS e. V. vom 4.1.2010, www.fuss-ev.de.

Protest gegen Flughafen Twente erringt Teilerfolg

Nachdem der Rat der Stadt Enschede (NL) dem Flughafen Twente nahe der deutsch-niederländischen Grenze zugestimmt hatte (vgl. BBU-Newsletter 12/2009), hat kurz vor Weihnachten die Provinzregierung von Overijssel mit einer Stimme Mehrheit den Flughafen abgelehnt. Jetzt hat die niederländische Regierung in Den Haag das letzte Wort. Im Vorfeld hatte auch der BBU Einspruch gegen den Flughafen erhoben (<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/18.12.092.htm>). Weitere Infos unter <http://www.buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de/>.

3. Terminhinweise

16.01.2010: Hannover, bundesweites Anti-Atomkraft-Beratungstreffen, Infos:

http://cms.ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=437&Itemid=160

17.01.2010: Ahaus: Sonntagsspaziergang gegen das Castor-Atom-müll-Lager und gegen weitere Atomtransporte nach Ahaus, 14.00 Uhr. Infos: <http://www.bi-ahaus.de>

18.01.2010: Prozess gegen Cecile Lecomte (Protest gegen Urantransport von Gronau nach Frankreich); Amtsgericht Münster. Infos: <http://www.eichhoernchen.ouvaton.org/deutsch/de.html>

23.01.2010: Aktionstag gegen das Atom-müll-Lager in Ahaus und gegen weitere Atomtransporte nach Ahaus, mit Kundgebungen in Duisburg und Jülich.

Infos: <http://www.bi-ahaus.de> und <http://www.kein-castor-nach-ahaus.de/autobahnaktionstag>

25.01.2010: Vernissage „Strahlende Zukunft – deutsche atomare Endlagerprojekte“; Hannover, Infos: http://www.slu-boell.de/calendar/VA_viewevt.aspx?evtid=7437. Ausstellung kann ausgeliehen werden.

29. – 31.01.2010: Zivilcourage und Whistleblowing, Schwerte, Infos: BBU-Newsletter 11/09 und http://www.kircheundgesellschaft.de/akademie/documents/TG%2012_Zivilcourage.pdf

06.02.2010: Demonstration in Hameln gegen Atomtransporte, Infos: <http://www.anti-atom-aktuell.de>

12. + 13.02.2010: Heidelberg, 7. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, Infos: <http://www.koop-frieden.de>

18. – 21.03.2010: Landshuter Umweltmesse; Infos: <http://www.la-umwelt.de>.

Weitere Terminquellen

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Die Anti-Atomkraft-Bewegung legt auch in der dunklen (bzw. weißen) Jahreszeit keine Pause ein. Es geht auch 2010 mit vollem Elan weiter gegen die Atomindustrie! Terminübersichten gibt es z. B. hier: <http://www.anti-atom-aktuell.de> und hier <http://www.castor.de/8termine.html>.

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier: <http://www.friedenskooperative.de/index.html>

4. Bücher- und Zeitschriftenmarkt

Buchempfehlung: Matthias Nomayo: „Wirtschaften im Gleichgewicht“

Wer sich ärgert, wenn in TV-Talkshows neoliberale Wirtschaftsprofessoren wie Sinn und Straubhaar, haarsträubenden Unsinn mit dem Anspruch wissenschaftlicher Objektivität erzählen, sollte wegzappen und stattdessen den Gegenentwurf zur neoliberalen Wirtschaftstheorie, Dr. Matthias Nomayos Buch „Wirtschaften im Gleichgewicht“ zur Hand nehmen. Auf 177 Seiten analysiert der Diplom-Chemiker aus Süddeutschland nicht nur die bestehende Wirtschaftsordnung, sondern beschreibt auch ein alternatives Wirtschaftsmodell, das ökologischen und sozialen Anforderungen gerecht wird. Die Faszination des Buches besteht darin, dass hier kein Ökonom sondern ein Naturwissenschaftler das Gleichgewicht in der Wirtschaft definiert und daher sehr überzeugend ein „ewiges Wirtschaftswachstum“ z. B. im Gegensatz zum natürlichen Fließgleichgewicht sieht. Auch schwierige ökonomische Sachverhalte werden verständlich beschrieben, schnörkellos mit naturwissenschaftlicher Klarheit.

Dr. Matthias Nomayo lässt den Leser nicht im Unklaren, wo er hin will: Sein angestrebtes Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft. Dass er dieses Ziel nicht aus einem romantischen Utopismus ableitet, sondern aus Praxiserfahrung, macht sein bisheriger Lebensweg deutlich. Nomayo ist kein Aus-, aber ein Umsteiger: Vom Wissenschaftsbetrieb über das Management eines mittelständischen Konzerns wechselte er ins Lehramt. Und er bezieht auch im Alltag politische Position. Schließlich ist er als Mitglied einer

Weidener Bürgerinitiative „Wackersdorf-Veteran“.

Derzeit ist das Buch zu beziehen über amazon.de und über buchhandel.de mit dessen angeschlossenen 326 Buchläden. Der Verkaufspreis im Buchhandel ist 24,90 € [D].

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Guhle, Geschäftsf. BBU-Vorstand



...bis dass Tonerstaub euch scheidet" die verleugnete Gefahr

Die internationale Stiftung nano-Control empfiehlt auf ihrer Internetseite das Buch von Corinna Sandmann „... bis dass Tonerstaub euch scheidet“ als unbedingt lesenswert. Es hat die ISBN-Nummer 978-3-8391-0183-4 und kostet €13,90. nano-Control: „Ein erschütternder Bericht über die leidvollen Erfahrungen einer Tonergeschädigten.“

www.krank-durch-toner.de/presse.html

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 1 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.02.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.